



An die Mitglieder der Ausschüsse
>Recht< und >Verteidigung<
des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

12. November 2012

Nachtrag zum >Gesetz für einen Gerichtsstand bei besonderer Auslandsverwendung der Bundeswehr< (Drs. 17/9694), mit Regierungsmehrheit gegen das Votum aller Oppositionsfraktionen angenommen am 25. Oktober 2012 (Top 20, Plenarprotokoll 17/201, 24.383 – 24.389), hier: **Weitergabe der Dokumentation eines Senatsempfangs am 13.12.2011 in Bremen**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

das Gesetzesvorhaben, baldmöglichst mit o.a. Gesetzentwurf einen neuen Gerichtsstand in Kempten / Allgäu aufzubauen, hat den Bundestag zwar bereits verlassen, es ist aber noch auf dem Weg in den Bundesrat. Dort soll es am 23. November 2012 als sog. Einspruchsgesetz in zweiter Lesung beraten werden (Drs. 12-638 v. 2.11.2012, Top 14 der 903. Sitzung). Wir haben um Einspruch gebeten.

Zwischen dem Tag der Annahme des Gesetzes und seiner bevorstehenden Beratung im Bundesrat hat sich der Deutsche Bundestag am 8. November 2012 eingehend mit dem Thema >Umgang mit der NS-Vergangenheit< befasst. Die Debatte über personelle wie mentale Kontinuitäten und Brüche mit dem vorangegangenen NS-System beim Neuaufbau Deutschlands (in West und Ost) nach dem Zweiten Weltkrieg hat unsere Bundesvereinigung aufmerksam wahrgenommen und wird von ihr begrüßt.

Mit Bedauern haben wir allerdings zur Kenntnis genommen, dass weder in dem entsprechenden Bericht der Bundesregierung (Drs. 17/8134) noch in dessen weiterer Beratung das Thema „Aufarbeitung des Unrechts der Wehrmachtjustiz“ angemessen thematisiert wurde. Welchen Einfluss z.B. die rd. 3.000 Wehrmachtjuristen auf den Wiederaufbau des deutschen Rechtswesens gehabt haben ist bis heute - trotz guter Ansätze aus privater Initiative - immer noch weithin unerforscht. Auch in der Aufarbeitung der Geschichte der Opfer der NS-Militärjustiz bleiben viele Forschungsdefizite. Deren Beseitigung könnte zur Schaffung eines Gefährdungsbewusstseins für den historischen Zusammenhang von Justiz und Militär in Deutschland beitragen, das wir bei der Beratung des o.a. Gesetzes ebenso vermisst haben, wie die Aufnahme der sachlich-fachlichen Einwände gegen den Gesetzentwurf, die in der Anhörung vom 26. September 2012 vor dem Rechtsausschuss vorgetragen wurden.

In Verbindung mit dieser Anmerkung gestatten wir uns, Ihnen die beigelegte Dokumentation zu übersenden und bitten um deren freundliche Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Knebel, Schriftführer im Vorstand

Anlage: Senatskanzlei Bremen (Hrsg.), Dokumentation Senatsempfang zu Ehren von Ludwig Baumann, Bremen (November) 2012

Vorsitzender:
Ludwig Baumann

Schriftführer: Günter Knebel
Mail: Knebel-Bremen@t-online.de

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, Vorsitzender, Freiburg / Dr. Peter Fischer, Berlin /
Dr. Detlef Garbe, Hamburg / Günter Saathoff, Berlin / Prof. Dr. Peter Steinbach,
Baden-Baden, Berlin / Dr. Rolf Surmann, Hamburg / Prof. Dr. Wolfram Wette, Freiburg